

*Erich G. Fritz MdB*

## **Welthandelsrunden und Freihandelszonen – Wege zu einer Ordnung des Freihandels**

### **Einleitung**

Globalisierung, d.h. das weltweite Zusammenwachsen der Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kapital, ist zum bestimmenden Faktor der weltwirtschaftlichen Entwicklung geworden. Diese Entwicklung wirft weitreichende Fragen nach den künftigen Strukturen der Weltwirtschaft und ihrer Ordnungsprinzipien auf.

Eine entscheidende Herausforderung der Zukunft wird die Schaffung eines globalen und regionalen Ordnungsrahmens sein, der mit der Globalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft Schritt halten kann. Sie ist angesichts des zunehmenden Bedeutungsverlusts der Nationalstaaten notwendiger denn je.

Vor diesem Hintergrund haben internationale Organisationen wie etwa der IWF<sup>1</sup>, die Weltbank oder die WTO<sup>2</sup> gegenüber Nationalstaaten ebenso an Bedeutung gewonnen wie regionale Wirtschaftsräume. Die Nationalstaaten müssen ihre Interessen regional abstimmen und zu multilateralen Vereinbarungen beitragen, wenn sie ihre Handlungsfähigkeit erhalten wollen.

### **Multilateralismus versus Regionalismus**

In der internationalen Handelspolitik, in der nach einigen erfolgreichen Jahren beim Ausbau des multilateralen Handelssystems eine Zeit der Ernüchterung heraufgezogen ist, stellt sich gegenwärtig wieder einmal die Grundsatzfrage, wie sich die beiden Ziele globaler Freihandel einerseits und Schaffung regionaler Wirtschaftsräume andererseits zueinander verhalten. Kollidieren multilaterale Handelspolitik und Regionalismus oder ergänzen sie sich sinnvoll?

---

<sup>1</sup> Internationaler Währungsfonds.

<sup>2</sup> World Trade Organisation.

Nach Ansicht von Wissenschaftlern und Politikern hat der Regionalismus multilaterale Initiativen gefördert, wie das Beispiel der Europäischen Gemeinschaft zeigt. Die Gründung und spätere Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft hat als Gegenreaktion zwei Handelsrunden des GATT<sup>3</sup> ausgelöst, weil die internationale Gemeinschaft Angst vor der „Festung Europa“ hatte und sie deshalb in das multilaterale Handelssystem einbinden wollte.

Regionale Zusammenschlüsse sind jedoch aus zwei Gründen nicht unproblematisch: zum einen läuft jede Freihandelszone auf die Diskriminierung der Länder hinaus, die nicht Mitglied des Integrationsraumes sind. So ist zum Beispiel der Handel zwischen Mexiko und der EU seit dem Inkrafttreten der NAFTA<sup>4</sup> (USA, Kanada, Mexiko) gegenüber dem Gesamthandel beider Seiten zurückgeblieben. Erst mit dem Inkrafttreten des EU-Mexiko-Freihandelsabkommens Mitte 2000 zeichnet sich eine Trendwende ab. Zum anderen funktionieren Freihandelsabkommen nur auf der Basis von Ursprungsregeln, die festlegen, welche Waren präferenzberechtigt sind. Ursprungsregeln führen zu teilweise extrem komplizierten Zollabwicklungsverfahren, so dass die Inanspruchnahme von Zollpräferenzen einen erheblichen bürokratischen Aufwand verursacht.<sup>5</sup> Die Problematik regionaler Abkommen besteht also darin, dass sie sich zum Substitut statt zur Ergänzung des multilateralen Systems entwickeln können und damit der Welthandel eher behindert als gefördert wird.

Für Deutschland, Europa und die Welt sollte klar sein, dass multilaterale Lösungen Vorrang vor nur regionalen und bilateralen Ansätzen haben müssen, weil nur multilaterale Ergebnisse die politischen oder wirtschaftlichen Machtverhältnisse relativieren können. Nur bei solchen Lösungen können die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden. Wer sich dafür einsetzt, dass möglichst viele Länder am Freihandel teilnehmen und die Vorteile der

---

<sup>3</sup> General Agreement on Tariffs and Trade.

<sup>4</sup> North American Free Trade Association.

<sup>5</sup> Vgl. Wartenberg, Ludolf-Georg von: Handelspolitik im Zeichen der Globalisierung, in: Internationale Politik, 56 (2001) 7, S. 7-11 (9).

Globalisierung sich auch für die Menschen in armen Ländern auswirken, der muss sich für multilaterale Lösungen einsetzen.

Seit dem Misserfolg der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle 1999 ist jedoch eine Abnahme des multilateralen Elans zu beobachten und die Bedeutung des Regionalismus durch den zunehmenden Abschluss von regionalen Freihandelsabkommen gewachsen. Das jüngste namhafte Beispiel stellt der revitalisierte Plan zur Schaffung einer Freihandelszone für die amerikanischen Staaten (Free Trade Area of the Americas, FTAA) dar.<sup>6</sup> In der Vorstellung, dass eine neue multilaterale Liberalisierungsrunde langwierig sein und einen unsicheren Ausgang haben kann, ziehen viele Länder offensichtlich bilaterale oder regionale Abkommen vor.

### **Neue Welthandelsrunde**

Vor dem Hintergrund eines möglichen regionalen Protektionismus kann die Bedeutung einer neuen Welthandelsrunde nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die vom 9. – 13. November 2001 stattfindende 4. WTO-Ministerkonferenz in Katar bietet Gelegenheit hierzu, wenn die Glaubwürdigkeit und Effizienz der WTO und ihres Regelwerkes keinen Schaden nehmen soll. Ein erneuter Fehlschlag wie Ende 1999 in Seattle würde eine neue Runde in weite Ferne rücken lassen. Der Schaden für die Weltwirtschaft wäre immens. Nach einer kürzlich publizierten Studie der Universität Michigan würden die Wohlfahrtsgewinne durch den Abbau von Handelshemmnissen im Rahmen einer neuen Welthandelsrunde bei über 600 Milliarden US-Dollar liegen.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. Im Handel schwingt das Pendel zurück, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.6.2001; vgl. Verbesserte Chancen für eine WTO-Runde?, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28.7.2001.

<sup>7</sup> Vgl. Wartenberg, Ludolf-Georg von: Handelspolitik im Zeichen der Globalisierung, in: Internationale Politik, 56 (2001) 7, S. 7-11 (11).

Mögliche Steigerung der jährlichen Wirtschaftsleistung als Resultat einer neuen Welthandelsrunde (in Milliarden US-Dollar)<sup>8</sup>

	Weltweit	Europa	USA
Wohlfahrtsgewinn	611,1 <sup>9</sup>	168,9 <sup>10</sup>	177,2 <sup>11</sup>

Quelle: University of Michigan,  
abgedruckt in der Wirtschaftswoche Nr. 33 vom 9.8.2001, S. 34.

Der Königsweg, um dieses Potential zu nutzen, bleibt also der multilaterale Ansatz. Insofern muss die Einleitung einer neuen Welthandelsrunde Vorrang vor bilateralen Vereinbarungen zwischen Ländern oder Handelsblöcken haben. Die großen Handelsblöcke müssen allerdings stärker als bisher die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen und von eigenen noch vorhandenen protektionistischen Regelungen abgehen. Zugeständnisse zur Marktöffnung wie die „Everything but Arms“<sup>12</sup> Initiative der EU konnten den Widerstand der Entwicklungsländer bisher nicht beseitigen. Dies wird daran liegen, dass die EU weiterhin auf Themen wie Umwelt- und Verbraucherschutz setzt, bei denen die Entwicklungsländer befürchten, dass sie erhebliches Missbrauchspotential enthalten. Insofern müssen flexible Formen gefunden werden, mit denen sich die neuen Themen wie Sozial- und Umweltstandards, Investitionen und weltweite Wettbewerbsregeln im Konsens der höchst unterschiedlichen Mitgliedsstaaten erfolgreich behandeln lassen. Die selbstbewußte, bisweilen protzig anmutende Präsentation der wirtschaftlichen Macht und Durchsetzungsfähigkeit, wie sie etwa auf den Treffen der G7 bzw. G8 zum Ausdruck kommt, ist dazu nicht der richtige Weg. Ohnehin stellt sich die Frage, ob

<sup>8</sup> Annahme: Runde resultiert aus einem 33-prozentigen Abbau von Importzöllen (Industrie, Landwirtschaft) bzw. sämtlicher Handelsbarrieren (Dienstleistungssektor).

<sup>9</sup> Entspricht etwa der Wirtschaftsleistung von Kanada.

<sup>10</sup> Entspricht etwa der Wirtschaftsleistung von Dänemark.

<sup>11</sup> Entspricht etwa der Wirtschaftsleistung der Türkei.

<sup>12</sup> Die Europäische Union öffnet ihre Märkte für Produkte aus den 48 ärmsten Ländern der Erde. Für Bananen, Reis und Zucker sind Übergangsregelungen bis 2006 und 2009 vorgesehen. Das Programm heißt „everything but arms“, weil Waffen von der Liberalisierung grundsätzlich ausgeschlossen sind.

dieses Gremium ohne die zukünftigen Weltmächte Indien und China und Wortführer der bedeutenden südafrikanischen und südamerikanischen Integrationsräume Südafrika und Brasilien noch einen Sinn in der Vorbereitung internationaler Prozesse hat.

### **Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGOs)**

Der Widerstand gegen eine zunehmende Globalisierung – wie zuletzt bei den Demonstrationen anlässlich des EU-Gipfels in Göteborg und des G8 Treffens in Genua – wird seit Beginn der 90er Jahre von einer wachsenden Zahl von Nichtregierungsorganisationen artikuliert und organisiert. Zwischen 1990 und 1999 soll sich die Zahl der international agierenden NGOs von ungefähr 5 000 auf über 26 000 erhöht haben.<sup>13</sup>

NGOs haben eine große Fähigkeit entwickelt, sich weltweit schnell zu vernetzen, grenzüberschreitend als Meinungsbildner zu wirken und dabei eine große Wirksamkeit bei Medien und Öffentlichkeit erzielt. Sie sind vor allem seit dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Seattle zu einem bedeutenden Akteur in den internationalen Beziehungen geworden. Trotz der Euphorie von NGO-Vertretern über ihren Erfolg in Seattle muss eingeräumt werden, dass der Fehlschlag von Seattle vielmehr auf eine unzureichende Vorbereitung wie auch auf falsche zeitliche und inhaltliche Prioritäten vor allem der USA und Europas zurückgeführt werden muss. In den USA dominierten zudem aufgrund des anstehenden Präsidentschaftswahlkampfes Opportunismus und Innenpolitik gegenüber einem Verhandlungserfolg. Die notwendige aktive Führungsrolle der USA blieb aus.

Die breite Zustimmung der Öffentlichkeit zu den Positionen von NGOs, auch in ihrer Widersprüchlichkeit, zeigt ein weitverbreitetes Unbehagen der Menschen über die Ferne des internationalen Prozesses, seine geringe Transparenz, die geringe Klarheit und nationale Zuordnung der Positionen und das Gefühl, dass in diesen

---

<sup>13</sup> Vgl. May, Bernhard: Widerstände gegen die Globalisierung, in: Internationale Politik, 56 (2001) 7, S. 27-34 (S. 28).

Jahren globale Entscheidungen von epochaler Bedeutung fallen, ohne dass eine Beteiligung wirklich möglich wäre. Die mangelnde Beteiligung der Parlamente verstärkt diese Haltung. Vor diesem Hintergrund hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, die Frage der Beteiligungsrechte von Nichtregierungsorganisationen zu klären und diese in die Vorbereitungsphase der WTO-Ministerkonferenz von Katar einzubinden, damit die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber dem WTO-Prozess erhöht wird.<sup>14</sup>

### **WTO: Handelsorganisation - nicht Weltregierung**

Die WTO ist gegenwärtig – insbesondere wegen des Streitschlichtungsverfahrens – die einzige wirklich handlungsfähige internationale Organisation. Sie ist deshalb als politisches Instrument zur Gestaltung des Globalisierungsprozesses von größter Bedeutung. An sie richten sich daher auch die meisten Ansprüche auf umfassende und kohärente Antworten auf die Ordnungsfrage. Diese Ansprüche haben in Seattle zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen. Die WTO ist keine Weltregierung, kann es auch nicht werden. Sie ist zunächst die noch junge Organisation, die den Freihandel auf der Welt mit vielen Vorteilen für die an ihm beteiligten Länder entwickelt, mit einem festen Regelwerk versieht und die Einhaltung der Regeln im Welthandel überwacht.

So wie in der Sozialen Marktwirtschaft der Anspruch auf eine gesellschaftspolitische Verantwortung weit über das Wirtschaftliche hinaus gerichtet ist, so werden auch an die WTO Ansprüche auf die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards, Investitions- und Wettbewerbsregeln, gerechte Lebenschancen und die Durchsetzung von Menschenrechten gerichtet.

Die WTO ist allerdings nur Teil der internationalen Organisationen und kann nicht die Aufgaben aller anderen übernehmen. Es zeigt sich dennoch, dass sie zu einem Ort geworden ist, an dem die

---

<sup>14</sup> Vgl. Stärkung des freien Welthandels durch neue WTO-Runde, Bundestagsdrucksache 14/5755.

unterschiedlichen Aspekte zusammen gedacht werden, ohne dass sie auch zusammen bearbeitet und gelöst werden könnten. Deshalb muss man das gesamte System der internationalen Organisationen im Auge haben. Es kommt dabei zunehmend darauf an, kohärente Politik zu gestalten. Dies wird bisher vor allem durch die unterschiedlichen Strukturen, die verschiedenen Grundlagen und historischen Entwicklungen und die mangelnde Fähigkeit zur Zusammenarbeit der internationalen Organisationen erschwert. Erste Bemühungen und Ansätze zur Veränderung müssen von Deutschland aus positiv verstärkt werden.

### **Kohärenz in der internationalen (Handels-) Politik?**

Über die WTO hinaus gibt es eine Reihe von miteinander zu verknüpfenden Ansätzen:

Die technische Hilfe bei der Umsetzung der bisher getroffenen Regelungen der Uruguay-Runde muss intensiviert werden. Die Möglichkeit der gleichberechtigten Mitwirkung der Entwicklungsländer an den Verhandlungen muss gesichert werden. Die Interessen der Entwicklungsländer müssen ernst genommen und ihre Befürchtungen dürfen nicht nur als Vorwände abgetan werden.

Die Notwendigkeit, den Prozess vielschichtig zu betreiben, zeigen auch die Veränderungen anderer internationaler Organisationen. Die UNCTAD<sup>15</sup> hat sich zu einem Dialogforum entwickelt, in dem ohne Verhandlungszwang über die Themen gesprochen werden kann, die auch in der WTO eine entscheidende Rolle spielen.

Die Reformansätze bei den internationalen Finanzinstitutionen und der Schwerpunkt Armutsbekämpfung können sich kongruent zu den Strategien zur Armutsbekämpfung von EU und Nationalstaaten entwickeln. So werden die Projekte der Weltbank schwerpunktmäßig die Infrastruktur – im weiteren Sinne – umfassen und eine stärkere gesellschaftliche Verankerung und Beteiligung ermöglichen.

---

<sup>15</sup> United Nations Conference on Trade and Development.

Der gemeinsame Fonds unterstützt Projekte, die bei den rohstoffexportierenden Entwicklungsländern mehr Effizienz, geringere Kosten und verbesserte Produktqualität und Qualifikation der Mitarbeiter erreichen und damit Marktzugang verbessern sollen.

Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat mit dem „Global Compact“, eine wichtige Initiative zur Beteiligung des privaten Sektors bei der Umsetzung wesentlicher VN-Ziele wie Menschenrechte und Umweltstandards ergriffen.

Die ILO<sup>16</sup> hat nach dem Kopenhagener Sozialgipfel eine Konzentration auf Kernstandards bei der Durchsetzung der Konventionen vorgenommen, die ein deutliches Signal an die Entwicklungsländer darstellen.

Verfolgt man die Entwicklungen im Detail, so entsteht daraus ein Netzwerk, das zwar nicht optimal ist, aber doch mehr Verbindung untereinander hat als bisher und dadurch Kohärenz internationalen Handelns nicht mehr nur als Illusion erscheinen lässt.

### **Die Rolle nationaler, europäischer und internationaler Politik**

Was kann die Politik im Zeitalter der Globalisierung bewirken? Manche meinen, Politik tue viel zu wenig in Zeiten der Globalisierung. Andere wiederum sagen, sie habe überhaupt keine Chancen mehr, der Markt bestimme alles. Nationale Politik kann heute zwar nicht mehr isoliert von internationalen und globalen Aspekten agieren, weil sie durch Märkte und durch den Wettbewerb herausgefordert ist. Aber Politik ist selbstverständlich als Gestaltung dieser Herausforderungen möglich und vor allem auch nötig.

Ich teile die Meinung Horst Teltschiks<sup>17</sup>, dem zufolge Politik nicht an Macht verloren, sondern neue Aufgaben und Chancen bekommen hat. Die Aufgaben bestehen darin, die internationale Vernetzung zu

---

<sup>16</sup> International Labour Organisation.

<sup>17</sup> „Die Politik ist nicht entmachtet,“, Horst Teltschik widerspricht der These von der Globalisierungsfalle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.11.1999.



gestalten, den eigenen Standort zu verbessern und die Bürger auf die neuen Anforderungen vorzubereiten. Dabei ist jede Ebene der Politik gefordert - die nationale, die europäische und die internationale:

Nationale Politik, Ordnungspolitik ist gefordert. Der Staat muss einen Ordnungsrahmen schaffen, damit sich die Wirtschaft entfalten kann. Einen Ordnungsrahmen für Beschäftigung, für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Fortentwicklung der internationalen Arbeitsteilung erfordert wettbewerbsfähige und verlässliche Rahmenbedingungen für mehr Innovationen und Investitionen in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund lautet die nationale Aufgabe: mit strukturellen Reformen der Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dafür zu sorgen, dass die Märkte funktions- und anpassungsfähig bleiben und so auch notwendige sozialpolitische Leistungen schultern können.

Neben der nationalen ist auch die europäische Ebene bei der Gestaltung der Herausforderungen durch die Globalisierung gefordert. Ich finde, sie hat Beachtliches geleistet durch den europäischen Binnenmarkt, durch die Einführung der europäischen Währung und durch eine einheitliche Außenhandelspolitik (die Mitgliedsstaaten der EU haben ihre Souveränität über die Handelspolitik weitgehend an die EU abgegeben).

In der Handelspolitik ist es der EU in den letzten Jahren gelungen, ein weltweit führender Akteur zu werden und dabei eine Rolle zu spielen, die für 15 Nationalstaaten unerreichbar gewesen wäre. Das hat auch mit der zurückhaltenden Rolle der USA zu tun. Der Clinton-Regierung fehlte in ihrer zweiten Amtszeit nicht nur das als „Fast Track“, bezeichnete Handelsmandat des Kongresses, sondern auch der politische Wille, sich entschieden für eine umfassende weitere Liberalisierung des Welthandels einzusetzen. Welchen Stellenwert eine neue Welthandelsrunde und globale Regeln für einen fairen Wettbewerb für die Bush-Administration haben werden, hängt sicher auch davon ab, wie sehr sich amerikanische Interessen bei der Formulierung der Agenda durchsetzen lassen.

Europäische Aufgabe ist und bleibt es, die nationalen Politiken zu koordinieren und zu flankieren, den europäischen Ordnungsrahmen so anzupassen, dass er den gewachsenen Anforderungen auf globalen Märkten mit Megafusionen und ungeheuren Kapitalbewegungen gerecht werden kann. Es wäre ein großer Rückschritt mit fatalen Folgen für die schwächeren Ländern, das berechnete Bedürfnis nach sozialem Ausgleich dadurch befriedigen zu wollen, dass mit Abschottungen, dirigistischen Regulierungen und überzogener Harmonisierung die Funktions- und Anpassungsfähigkeit der Märkte beeinträchtigt wird.

Eine flexiblere und selbstbewusstere europäische Wirtschaft ist in unserem neuen globalen Umfeld unumgänglich. Die globale Integration verlangt von uns eine weitere Ausdehnung des Binnenmarktes durch die Osterweiterung der EU und intensivere Handelsbeziehungen, insbesondere mit den noch nicht von der WTO erfassten Bereichen.

Aber eine nationale und europäische Gestaltung des Ordnungsrahmens reicht nicht mehr aus. International tätige Unternehmen können dadurch nicht mehr gebunden werden. Wenn die Staaten und die Organe der EU im Zeitalter der Globalisierung handlungsfähig bleiben wollen, müssen sie auf internationaler Ebene ihre Vorstellungen in völkerrechtliche Verträge einbringen. Dem dient gerade die WTO mit ihrer Aufgabe, Regeln für ein funktionsfähiges multilaterales Weltwirtschaftssystem zu schaffen. Eine neue Welthandelsrunde sollte die WTO in diesem Sinne weiterentwickeln.

Dass die Mehrheit der Bürger mit Begriffen wie Globalisierung und Freihandel immer noch Ängste verbindet, ohne deren Chancen für Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand zu erkennen, spricht gegen die Wirtschaft und die Politik. Dabei ist spätestens seit D. Ricardo bekannt, dass Freihandel zu einer verbesserten Allokation der Ressourcen und zu Wohlfahrtsgewinnen für alle am Welthandel beteiligten Nationen führt. Die Demonstrationen in Göteborg und Genua haben gezeigt, dass wir die Globalisierungsängste ernst nehmen müssen. Deshalb muss es die gemeinsame Aufgabe von

Politik und Wirtschaft sein, über globale Entwicklungen und daraus resultierende nationale und lokale Veränderungen offen zu kommunizieren. Die Politik muss dem Bürger vermitteln, dass sie alles unternimmt, um die Gesellschaft auf die Veränderungen vorzubereiten und die Chancen der Globalisierung zu nutzen. Die Politik muss zudem deutlich machen, dass es dabei nicht um zufällige Ergebnisse, sondern um einen gestaltbaren Prozess im Sinne einer nachhaltigen Politik einer weltweiten Sozialen Marktwirtschaft geht.

### **Die Soziale Marktwirtschaft als internationales Leitbild**

Die Globalisierung verlangt nichts anderes als eine Besinnung auf eine Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Diese an den Werten Freiheit und Verantwortung orientierte Politik wird vor allem dann erfolgreich sein, wenn sie weltweite Akzeptanz findet. Wesentliche Aufgabe der nationalen Politik muss daher sein, darauf hinzuwirken, dass auf supranationaler Ebene gemeinsame Regeln für einen globalen Handlungsrahmen entwickelt und durchgesetzt sowie durch wirksame Kontrollen gesichert werden.

Die Schaffung weltweiter Investitions- und Wettbewerbsregeln oder eine globale Finanzmarktordnung, die für den Bankenbereich weltweit gültige Regeln vorsieht, wären ein Schritt in die richtige Richtung.

Noch zeichnen sich die Strukturen einer internationalen Ordnung erst allmählich ab. Es ist kein abgesicherter Pfad erkennbar, Teilelemente einer solchen Ordnung werden erkennbar. Es gibt aber einen Kern, der Voraussetzung für den weiteren Gestaltungsprozess sein muss. Eine gemeinsame Wertgrundlage scheint sich jenseits unterschiedlicher geistiger und kultureller Eigenarten und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit durchzusetzen. Ob der Zugang zu dieser Diskussion über das Leitbild einer internationalen Sozialen Marktwirtschaft oder über den Begriff der Nachhaltigkeit geschieht oder über die Kombination von Wertgrundlagen, wie sie in den Vereinten Nationen, der ILO, dem Rio-Prozess, der Menschenrechtspolitik und der WTO sichtbar werden, ist dabei nicht entscheidend.

Entscheidend ist, dass sich international eine Politik der Freiheit und der Verantwortung durchsetzt, die ökonomische, ökologische und soziale Aspekte neben denen der Berücksichtigung der Chancen der Entwicklungsländer und der Menschenrechte berücksichtigt.

### **Fazit**

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bleiben die weitere Liberalisierung des Welthandels und die Entwicklung eines multilateralen Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft vorrangige Ziele deutscher und europäischer Politik. Vorbereitung, Ablauf und Ergebnis der im November dieses Jahres in Katar stattfindenden 4. WTO-Ministerkonferenz werden daher von besonderer Bedeutung für die Akzeptanz des multilateralen Handelssystems sein. Ohne diese Akzeptanz kann ein internationaler Ordnungsrahmen nicht errichtet werden.

Um die politische Akzeptanz der Liberalisierung zu sichern, ist ein kontinuierlicher Dialog über die Auswirkungen offener Märkte nötig. Es gilt zu erläutern, dass die wohlfahrtssteigernde Wirkung der Handelsliberalisierung die beste Basis für nachhaltige soziale Sicherungssysteme, die Förderung von Ausbildung und die Reduzierung von Armut ist. Es muss klargestellt werden, dass eine umfassende Welthandelsordnung der beste Schutz der kleinen Staaten gegen den handelspolitischen Druck der großen Staaten ist. Wenn alle WTO-Mitgliedstaaten konstruktiv zusammenarbeiten, sind die Aussichten für eine nachhaltige Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gut, die sowohl den Industrie- als auch den Entwicklungsländern gerecht wird.

Angesichts der durch den Globalisierungsprozess größer gewordenen Bedeutung internationaler Organisationen, aber auch regionaler Zusammenschlüsse wie der EU, NAFTA, MERCOSUR, ASEAN oder APEC und angesichts der entscheidenden Rolle, die sie bei der Sicherung der Stabilität in einer eng verflochtenen Weltwirtschaft spielen, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis der regionalen

Zusammenschlüsse zu den globalen Institutionen. Die Tendenzen zunehmender Regionalisierung schaffen nämlich neben einer Vielzahl von Organisationen und Zusammenschlüssen auch eine zunehmend komplexere institutionelle Struktur der Weltwirtschaft mit sich ergänzenden, aber auch gegensätzlichen nationalen, regionalen und globalen Ordnungsansätzen. Auch in Zukunft wird es deshalb darauf ankommen, die institutionelle Struktur der Weltwirtschaft an die Herausforderungen der Globalisierung anzupassen. Anpassungen können und müssen dabei Schritt für Schritt erfolgen.

Nationale Politik kann dazu wesentlich beitragen, indem sie

- den multilateralen Prozess für ihre Bürger möglichst transparent macht
- Vorteile und Nachteile der fortschreitenden Liberalisierung in gleicher Weise diskutiert, um unbestimmte Befürchtungen durch begründete Urteile zu ersetzen
- Regierungshandeln abgestimmt und möglichst widerspruchsfrei organisiert, also für Kohärenz sorgt
- möglichst frühzeitig die Auswirkungen beabsichtigter Vereinbarungen auf die Situation der Menschen mit gesellschaftlichen Gruppen diskutiert und
- das Parlament zum Forum der Globalisierungsdebatte macht.

Erich G. Fritz MdB, geboren am 9.12.1946 in Teisendorf/Oberbayern, ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie im Auswärtigen Ausschuss. Darüber hinaus ist er Berichterstatter für die Außenwirtschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzender des Unterausschusses Globalisierung/Regionalisierung, Vorsitzender des Beirates für Welthandel in der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V. sowie Vizepräsident der Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen. Seit 1985 ist Erich G. Fritz Vorsitzender des CDU - Kreisverbandes Dortmund.